

Kurzmeldungen

Im Mittelpunkt eines 5-tägigen Staatsbesuches von Präsident Ramos in Indonesien, der am 20. September begann, stand der **Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen**, insbesondere **zwischen der südlichen Region Mindanao und angrenzenden indonesischen Regionen.**

(ND 16.-30.9.; PR 30.9.)

Der philippinische Kongreß hat am 9. November ein **gesetzliches Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren** verabschiedet. Ausnahmen gelten u.a. für Familienbetriebe. Die Zahl der arbeitenden Kinder wird landesweit auf 3,5 Mio. geschätzt. Nach Regierungsangaben gibt es 85.000 Straßenkinder; 20.000 Kinder sollen der Prostitution nachgehen. (Reuter 9.11.)

Eine im Auftrag des Senates tätige **Studiengruppe** ist der Auffassung, der **Peso müsse** auf einen Wert von 35 zu einem US-Dollar **fallen**, um die Wirtschaft anzukurbeln. Kurz nach Veröffentlichung der Studie fiel der Peso auf einen Kurs von 30:1 gegenüber dem Dollar. Im September betrug die Kaufkraft des Peso nur noch 54,8 Prozent des Wertes von 1988. (BW 8.10.; MC 28.9.; PPU Oct. 93)

Nach Angaben des Nationalen Statistikbüros sind die **Reallöhne** im September im Vergleich zum Vorjahresmonat **weiter gesunken**. Die Nominallöhne blieben bei einer Inflationsrate von 7,5 Prozent unverändert. (BW 6.10.)

Sieben Journalistinnen sind in Ramos' erstem Amtsjahr ermordet worden, ein weiterer wird vermißt. Dies gab die Philippinische Bewegung für Pressefreiheit (PMFP) am 7. September bekannt. Laut PMFP sind 34 Journalistinnen unter der Regierung Aquino ums Leben gekommen, das sind im Schnitt 5,7 pro Jahr. Unter der Diktatur von Präsident Ferdinand Marcos (1972-1986) starben insgesamt 32 Journalistinnen. (UCAN 21.9.)

Waffenstillstand mit der MNLF

Vertreter der Regierung und der muslimischen Moro National Liberation Front (MNLF) haben sich am 7. November in Jakarta auf einen dreimonatigen Waffenstillstand geeinigt. Die Waffenruhe soll für Gespräche über eine endgültige Beilegung des Konfliktes genutzt werden. Für die weiteren Verhandlungen in den Philippinen hat sich MNLF-Chef Nur Misuari angekündigt, der in Saudi-Arabien im Exil lebt.

Die MNLF fordert die volle Umsetzung des Abkommens von Tripolis von 1976, das die Autonomie von 13 Provinzen vorsah. Die gegenwärtige Stärke der MNLF wird von der Regierung auf 12.000 Kämpfer geschätzt. Bisher hat der Konflikt 50-60.000 Menschenleben gekostet. Bei den jetzigen Verhandlungen wurde die MNLF von der Moro Islamic Liberation Front (MILF), einer MNLF-Abspaltung, unter-

stützt.

In letzter Zeit häuften sich allerdings Anzeichen, daß Misuaris Einfluß auf die verschiedenen muslimischen Guerillaorganisationen zurückgegangen ist und er auch auf Resentiments anderer muslimischer Ethnien stößt. Manchmal scheint Misuari nicht einmal seine eigene Organisation unter Kontrolle zu haben. Beobachter machen fundamentalistische Strömungen für zahlreiche, von der MNLF-Führung nicht gebilligte Aktionen verantwortlich.

Der philippinische Generalstabschef Lisandro Abadia kündigte an, die Armee werde weiter muslimische Guerilleros angreifen, die zu Banditen geworden seien und nicht zur MNLF gehörten.

vgl. AFP 7.11.; FEER 18.11.; IPS 24.11.; PDI 22.10., 30.10., 31.10.; PNF 11.10., 26.10.; Reuter 9.11., 13.11. UPI 10.11

Bonn unterstützt Friedensprozeß

Bundesaußenminister Klaus Kinkel hat gegenüber seinem philippinischen Amtskollegen Roberto Romulo die Unterstützung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, daß Präsident Ramos ernsthaft bemüht sei, die bewaffneten Konflikte im Land zu beenden. Nach Angaben des philippinischen Außenministeriums hat Kinkel beim Besuch Romulos Mitte September in Bonn außerdem erklärt, die Bundesregierung beobachte mit regem Interesse den Friedensprozeß in den Philippinen. Bonn werde sich in der EG dafür einsetzen, daß Fortschritte der Ramos-Regierung in der Menschenrechtspolitik, der Stärkung demokratischer Institutionen und in der Umsetzung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Reformen unterstützt werden. Kinkel habe außerdem die Reise einer deutschen Wirtschaftsdelegation angekündigt, die im Januar 1994 Investitionsmöglichkeiten in den Philippinen erörtern soll.

vgl. PDI 13.9., PR 30.9.

Nationaler Wirtschaftsgipfel

Unter der Bezeichnung "People's Economic Summit" hat die Regierung im September eine Konferenz mit 70 sektoralen Wirtschaftsführern und Politikern veranstaltet. Die Konferenz verabschiedete den "Social Pact for Empowerment and Economic Development" (SPEED). Das Programm soll die Philippinen gemäß den Vorstellungen der Regierung in ein Schwellenland verwandeln. Zentrale Punkte von SPEED sind eine Abwertung des Peso, die Steigerung der Exporte und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in allen Bereichen. Präsident Ramos nannte das Programm "die letzte Chance, unser Haus in Ordnung zu bringen." Den Gipfel begleiteten Proteste von Bauern-, Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen. Sie warfen dem Gipfel vor, die vom Weltwährungsfonds und der Weltbank verordnete Wirtschaftspolitik zu legitimieren.

vgl. ISND Sept. 93; MC 9.9., 11.9., PR 30.9.

NDF verschiebt Friedensgespräche

Die für den 15. November in Ho Chi Minh-Stadt in Vietnam angesetzten Friedensgespräche zwischen Vertretern der Nationalen Demokratischen Front (NDF) und der philippinischen Regierung sind von der NDF verschoben worden. Laut Howard Dee, dem Verhandlungsführer der Regierung, haben die im Exil lebenden NDF-Vertreter mitgeteilt, sie müßten sich noch mit der Untergrundführung in den Philippinen beraten. Ende Oktober hatte NDF-Sprecher Luis Jalandoni die Regierung aufgefordert, die restlichen 350 politischen Gefangenen freizulassen und die Regierungsanweisung Nr. 125 zurückzunehmen. Diese schreibt als Verhandlungsrahmen die philippinische Verfassung vor. Am 14. Oktober haben in der Stadt Bacolod drei NDF-Präsidenten zu Verhandlungen in den Philippinen aufgerufen. Dies wurde bisher von der amtierenden NDF-Führung abgelehnt.

vgl. PDI 29.10., 31.10.; Reuter 12.11.; UCAN 20.10.

Ramos in den USA

Am 10. November ist Präsident Ramos mit einer 260köpfigen Delegation zu einem vierzehntägigen Staatsbesuch in die Vereinigten Staaten gereist. In Seattle nimmt er am Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgipfel teil. Im Mittelpunkt der Reise durch acht US-Städte stehen wirtschaftliche, politische und militärische Fragen. Dabei geht es um eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen, die mit der Kündigung des Militärstützpunktvertrages durch den philippinischen Senat in eine neue Phase getreten waren. Vor seiner Abreise sagte Ramos, er hoffe auf amerikanische Investitionszusagen im Umfang von 3 Mrd. Dollar. Auf seinem Programm stehen ferner zahlreiche Treffen mit Organisationen in den USA lebender Filipinos und Filipinas, deren Zahl auf 2 Mio. geschätzt wird.

vgl. PNF 3.11.; WPS, UPI, Reuter 10.11.

Nationale Demokratische Bewegung in Aufruhr

CPP: Weitere Autonomieerklärungen

Nachdem sich im Juli mit dem Manila-Rizal-Regional-Komitee die größte Parteior- ganisation der Kommunisti- schen Partei der Philippinen (CPP) für autonom von der of- fiziellen Führung unter Ar- mando Liwanag erklärt hatte, folgten in den letzten Wochen weitere Parteigruppierungen.

Am 15. September erklärte sich das National Peasant Secretariat für autonom. Es soll ca. 200 Parteimitglieder umfassen. Das Sekretariat verurteilte die von der Partei- führung angeordnete "Berich- tigungsbewegung" als dogma- tisch und ihre Durchführung

als stalinistisch. Fast parallel hat die CPP-Regionalorgani- sation für Zentral-Mindanao (CMR) ihre Autonomie von der Mindanao-Kommission der CPP und der offiziellen Füh- rung der Partei erklärt. CMR sprach sich gegen das Doku- ment "Reaffirm our basic prin- ciples and rectify errors" aus.

In der ersten Oktoberhälfte haben sich ebenfalls das Ne- gros-Regionalkomitee und die Central Visayas-Regionalor- ganisation der CPP für auto- nom erklärt. Das Negros-Ko- mittee kritisierte die "feudalisti- sche und absolutistische" Par- teiführung.

Nach Angaben eines Spre- chers der von der Parteifüh- rung für aufgelöst erklärten CPP-Visayas-Kommission stehen mit Ausnahme der Ko- mittees auf den Inseln Samar und Leyte alle regionalen Führungsgremien in Opposi- tion zur Liwanag-Führung.

Die jetzt autonomen Partei- gruppierungen fordern ge- meinsam die Einberufung ei- nes Parteikongresses, der ih- rer Meinung nach allein die Einheit der CPP wiederher- stellen könne.

vgl. GL 27.10.; MC 17.10.; PLU 27.10.;UCAN 20.10.

Neuer Gewerkschaftsverband gegründet

Am 14. September haben 700 Delegierte von 253 Ge- werkschaften aus Manila einen neuen Dachverband mit dem Namen Bukluran ng Mang- gagawa Para sa Pagababago (BMP) bzw. Union Workers for Change gegründet. BMP will für einen demokratischen So- zialismus kämpfen. Die in BMP zusammengeschlosse- nen Gewerkschaften sind ehemalige Mitgliedsorganisa- tionen des Hauptstadtregio- nalverbandes der Gewerk- schaft Kilusang Mayo Uno (KMU - Bewegung Erster Mai), die nach internen Aus- einandersetzungen Anfang September ihren Austritt aus der KMU erklärt hatten. Zuvor waren mit der National Fe- deration of Labour Unions (NAFLU) und der National Federation of Labour (NFL) zwei weitere große Gewerk- schaftsorganisationen aus dem Dachverband KMU aus- getreten. Am 29. September trat auch die Gewerkschaft United Workers of the Philip- pines (UWP) aus der KMU aus. In einer gemeinsamen Erklärung der drei Gewerk- schaften heißt es, die KMU habe die Integrität der Ge- werkschaften verletzt und sich zum Transmissionsriemen poli- tischer Kräfte von außerhalb gemacht.

vgl. Joint statement of NAFLU, UWP, NFL 29.9.; PHILNEWS 14.9., 1.10.; GL 22.9.; PLU 27.10.

Erbitterter Fraktions- kampf in der KMP

In der ersten September- hälfte spaltete sich der legale nationale demokratische Klein- bauernverband KMP. Vermitt- lungsbemühungen seines erst Anfang August aus der Haft entlassenen Führers Jaime Tadeo blieben erfolglos. Tadeo ergriff inzwischen Partei für die Seite des Generalse- kretärs Basilo Propongo, dem von der gegnerischen Frakti- on Reformismus vorgeworfen wird. Inzwischen eskalierte der Konflikt zu einem Streit um die verbliebenen Finanzen von KMP. Am 1. Oktober beschloß Tadeos Seite, die noch nicht verwendeten Zuschüsse aus- ländischer Hilfswerke zurück- zugeben, nachdem die geg- nerische Fraktion versucht ha- ben soll, sich eines Teils des Geldes zu bemächtigen. Tadeo hob darauf das Geld, nach eigenen Angaben 100.500 US-Dollar, vom KMP-Konto ab und transferierte es auf ein anderes Konto. Daraufhin zeigte ihn die gegnerische Fraktion wegen Unterschla- gung an. Pikanterweise hatte Tadeo zuvor über drei Jahre wegen angeblicher Unter- schlagung in Haft gesessen, was Beobachter und die KMP als politisch motivierten Ver- such der Regierung werteten, den Bauernführer mundtot zu machen.

vgl. Malaya 21.9.; MC 21.10.23.10.; Statements Jimmy Tadeo 7.9., 7.10., 4.11.; PLU 27.10., PHILNEWS 6.9., 13.9.

League of Filipino Students gespalten

Am 16. September be- schlossen 150 Studentenver- treterInnen von Universitäten aus Manila, aus der nationalen demokratischen League of Fili- pino Students (LFS) auszutre- ten und eine neue Organisati- on zu gründen. Laut Khermin Azucena, bisheriger Vorsit- zender der LFS-Manila, sehe die LFS-Strategie die Studen- tInnen nur als Propaganda arm der nationalen demokrati- schen Bewegung. Kampagnen, die sich um StudentIn- nenfragen drehen und die Si- tuation der Studierenden ver- bessern könnten, seien als re- formistisch abgelehnt worden.

vgl. GL 29.9.

BAYANs Hauptstadt- verband verläßt die Organisation

Der Hauptstadtverband des multisektoralen nationalen de- mokratischen Bündnisses BA- YAN (Neue Patriotische Alli- anz) hat sich von der nationa- len Führung losgelöst. Dies be- schloß am 10. September ein Sonderkongreß in Manila. Der Hauptstadtverband, der nach eigenen Angaben 143.000 Mitglieder zählt, gilt als der größte Regionalverband von BAYAN. Zuvor hatte die natio- nale BAYAN-Führung das Führungsgremium des Haupt- stadtverbandes wegen "Frak- tionismus" für abgesetzt er- klärt.

vgl. PHILNEWS 27.8., 1.9., 10.9.

Kurzmeldungen

Ein **außergerichtlicher Kompromiß** mit dem US- Konzern **Westinghouse** ist von Präsident Ramos im **Prinzip gebilligt** worden. Die Firma soll den Philip- pinen zwei 100 MW- Kraftwerke im Wert von 49,5 Mio. US\$ liefern, da- für soll Manila die Klage gegen Westinghouse zu- rückziehen. Der Konzern ist von Manila der Beste- chung im Fall des umstrit- tenen Atomkraftwerkes Ba- taan beschuldigt worden. Das Arrangement würde die Regierung nicht von der Zahlung der mit dem 2,2 Mrd. \$ teuren Kraft- werksbau verbundenen Schulden befreien. (PNF 18.10.; CONTAK Okt. 93)

Die deutsche **Bundesre- gierung erwägt**, den Phil- ippinen bilaterale **Schul- den** in Höhe von 100 Mio. US\$ zu **erlassen**. Dies entspricht der Hälfte des Gesamtvolumens. Bedin- gung: Die abbeschriebenen Mittel sollen für Entwick- lungsbauernprojekte verwendet werden. (SOAa Sept. 93)

600.000 Squatterfami- lien aus Metro Manila **droht** in den nächsten 2 Jahren die **Vertreibung**, wenn die Regierung ihre geplanten Infrastrukturpro- jekte verwirklicht. Davor hat Ende Oktober der Kongre- so ng Pagkakaisa ng Mara- litang Lunsod (KPML), eine Organisation städtischer Armer, gewarnt. Das be- drohlichste Projekt der Re- gierung sei der Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Südluzon. Weitere Vertrei- bungen befürchtet KPML u.a. auch durch den Bau ei- ner zweiten Hochbahn- strecke in der Hauptstadt sowie durch den Verkauf von staatlichem Land an Investoren. (PNF 26.10.)

Die **Zahl ausländischer BesucherInnen** ist in der ersten Jahreshälfte 1993 **auf 628.780 gestiegen**. Das sind 18,8 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Regierung zeigte sich opti- mistisch, das Ziel von 1,4 Mio. BesucherInnen für das gesamte Jahr 1993 erreichen zu können. (DPA 15.11.; PR 31.10.)